

St. Peters Bote,

die älteste deutsche katholische Zeitung in Kanada, erscheint jeden Mittwoch in Muenster, Sask., und kostet bei Vorauszahlung:

\$2.00 per Jahrgang Einzelne Nummern 5 Cts.

Anzeigen werden berechnet zu 50 Cents pro Zeile einseitig für die erste Einrückung, 25 Cents pro Zeile für nachfolgende Einrückungen.

Kostenlos werden zu 10 Cents pro Zeile wöchentlich berechnet.

Werbungsanzeigen werden zu \$1.00 pro Zeile für 4 Insertionen, oder \$10.00 pro Zeile jährlich berechnet. Rabatt bei großen Aufträgen gewährt.

Jede nach Ansicht der Herausgeber für eine erschlüssliche katholische Familienzeitung unpassende Anzeige wird unbedingt zurückgewiesen.

Man adressiere alle Briefe u.s.w. an ST. PETERS BOTE, Muenster, Sask., Canada.

St. Peters Bote. Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Bischofs von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner-Vätern zu Münster, Sask., Canada.

17 Jahrgang, No. 3 Münster, Sask., Mittwoch, den 3. März 1920. Fortlaufende No. 833.

St. Peters Bote,

the oldest Catholic newspaper in Saskatchewan, is published every Wednesday at Muenster, Sask. It is an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION: \$2.00 per year, payable in advance. Single numbers 5 cents.

ADVERTISING RATES: Transient advertising 50 cents per inch for first insertion, 25 cents per inch for subsequent insertions. Reading notices 10 cents per line. Display advertising \$1.00 per inch for 4 insertions, \$10.00 per inch for one year. Discount on large contracts. Legal Notices 12 cts. per line non-revill 1st insertion, 8 cts. later ones.

No advertisement admitted at any price, which the publishers consider unsuited to a Catholic family paper.

Address all communications to ST. PETERS BOTE, Muenster, Sask., Canada.

Vom Ausland

Berlin. Dr. Matthias Erzberger hat als Finanzminister resigniert, nachdem in dem Verleumdungsprozesse, den er gegen Dr. Karl Helfferich, den ehemaligen Schatzamtssekretär, angestrengt hat, Aussagen gemacht worden waren, die seine Ehre angriffen. Staatsanwalt Meißner hatte ausgesagt, daß Erzberger einen großen Teil seines Vermögens in die Schweiz hineingeschmuggelt hätte, um Steuerzahlung zu vermeiden. Helfferich hatte Erzberger auf dem Zeugenstande beschuldigt, daß er sich fragwürdiger Handlungen in Verbindung mit der Ausstellung von Erlaubnisbescheinigungen für Einfuhr und Ausfuhr schuldig gemacht und auf andere Weise seine amtliche Stellung mißbraucht habe, um Unternehmungen, an denen er beteiligt gewesen sei, Vorteile zu verschaffen. Amtlich wurde ausgesagt, daß Erzberger sich dem Kabinett zurückgezogen habe, weil er wünsche, daß eine Untersuchung über seine Einkommensteuer angestellt werde, und daß seine amtliche Stellung diesem nicht im Wege stehe. Präsident Ebert hat Erzbergers Resignation für die Zeit angenommen, bis er sich von der Anschuldigung, daß er seine Einkommenerklärungen gefälscht habe, gereinigt habe. Erzberger hatte Helfferich verklagt, weil dieser ihn „als eine Gefahr für die Reinheit unseres öffentlichen Lebens“ bezeichnet und behauptet hatte, daß Erzberger ein gefahrbringendes Mitglied der Regierung sei.

Wie Justizminister Dr. Schiffer sagte, begannen letzte Woche bereits die Vorverhandlungen in einer Anzahl Prozessen von Deutschen, die der Verletzung des Völkerrechts angeklagt worden sind, und die Anklage von Beweismaterial macht Fortschritte. Die Angeklagten werden in Leipzig vor dem Kollegium von sieben Richtern in üblicher Weise prozessiert werden. Deutsche Zeugen werden laut den Vorschriften der deutschen Strafrechtsordnung vernommen werden, und Zeugen im Auslande dort, wenn sie nicht nach Deutschland kommen wollen. Ein deutscher Untersuchungsrichter wird der Vernehmung solcher Zeugen beiwohnen. Angeklagte, welche der Gerichtsverhandlung nicht Folge leisten, werden verhaftet werden und die deutschen Behörden werden ihr möglichstes zur Weichung des Verfahrens tun. Für Angeklagte, welche in eigener Sache an den Schauplatz ihres angeblichen Verbrechens zu reisen wünschen, wird die Regierung die Entente um freies Geli. zu ersuchen. Dr. Schiffer erklärt es für eine Ehrensache, die wirklich Schuldigen zu bestrafen, was nicht auf den Befehl der Entente, sondern auf das eigene Rechtsempfinden des deutschen Volkes zurückzuführen sei. Der deutsche Advokatenverein hat in Leipzig ein Büro errichtet und beschlossen, die Angeklagten unentgeltlich zu verteidigen.

Das Reichsministerium für Staatswirtschaft nach gemeinsam mit Vertretern des Ministeriums des Auswärtigen, der Finanzen und des Handels die Beratungen über die künftigen ökonomischen Beziehungen zwischen Danzig und Deutschland auf. Danzig hat an die deut-

sche Reichsregierung das dringende Ersuchen gerichtet, wenn es freigestaat wird, nicht als „Ausland“ betrachtet zu werden. Danzig wünscht vielmehr die Beibehaltung der Beziehungen, namentlich soweit die Lieferung von Nahrungsmitteln in Betracht kommt. Die deutsche Regierung hat sich unter gewissen Bedingungen, die sofort erörtert werden sollen, hierzu bereit erklärt.

Der neue Bundesstaat Thüringen ist jetzt vom Reich anerkannt worden. Es sind in ihm alle kleinen thüringischen Staaten aufgegangen, mit Ausnahme des Koburger Landes, das mit Bayern verschmolzen worden ist.

Die bayerischen Monarchisten haben in einer Kundgebung erklärt, sie würden danach streben, ihr Ziel der Wiederaufrichtung der Monarchie nicht durch eine Revolution zu erreichen, sondern durch Entscheidung des Volkes für eine Revision der Reichsverfassung unter dem Wahlspruch: „Bayern im Deutschen Reich unter einem König.“

Viktor Kopp, der hier weilende Sowjetkommissar, hat bislang vergeblich mit hiesigen amerikanischen Beamten und Geschäftsleuten behufs Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland verhandelt. Inzwischen sind Kopp's Verhandlungen mit der deutschen Regierung so weit gediehen, daß eine Abordnung deutscher Geschäftsleute bald eine Studienreise nach Rußland machen wird; die deutsche Geschäftswelt hat die Regierung veranlaßt, jeden praktischen Plan zu unterstützen, um die Herrschaft über die russischen Märkte zu erlangen, ohne mit den Alliierten in Widerspruch zu geraten. Deutschland hat, wie es heißt, ein englisches Anerbieten der Lieferung von Rohstoffen zur Verarbeitung in der deutschen Industrie und zur Ausfuhr nach Rußland durch britische Handelsgesellschaften abgelehnt. Die Sowjetregierung hat das Handelsabkommen zwischen den Alliierten und den russischen Kooperationsgesellschaften verworfen, nach Ansicht deutscher Geschäftsleute deshalb, weil unter demselben Rußland nicht das erhalten hätte, was es vor allen Dingen benötigt, wie landwirtschaftliche Geräte, Eisenbahnmateriale, Lokomotiven usw.

Diebe, die vor nichts zurückschrecken, drangen in das Mausoleum zu Charlottenburg, sprengten den Sarg der Königin Luise (gest. 1810) und stahlen die Juwelen. Sie versuchten auch die Särge des alten Kaisers Wilhelm I. (gest. 1888), der Kaiserin Augusta (gest. 1890) und anderer Fürstlichkeiten zu öffnen, was ihnen aber nicht gelang. Sie stahlen aber die vergoldeten Kronen und Embleme, die auf den Särgen lagen.

Wien. Nach der Ansicht von Wiener Beobachtern der politischen Lage in Ost- und Südost-Europa scheint ein neuer Krieg bevorzustehen, der von den Bolschewisten kommen soll. Für diese sollen die von der Pariser Konferenz in kleine Einheiten zersplitterten Donaufürstentümer ein besonders günstiges Feld bieten. Sowjettruppen stehen an der rumänischen Grenze und Rumänien hat mobil gemacht, während Ungarn die weitere Entwicklung der Dinge mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Budapest. Die bis zum 27. Januar bekannt gewordenen Ergeb-

nisse der ungarischen Wahlen lauten ungemein günstig für die christlich-soziale Partei. In Budapest fielen ihr 15 von 22 Mandaten zu. In den 108 Wahlkreisen, aus denen am genannten Tage die Wahlergebnisse vorliegen, sind gewählt worden: 52 Anhänger der christlich-nationalen Vereinigung, 29 der Partei der kleinen Landwirte — also 91 Mandate des christlichen Blocks — 4 Demokraten, 2 Parteiloze. Ferner waren 11 Stichwahlen angemeldet. Kein Wunder, daß die Depeschbüros es vorzogen, über dieses Wahlergebnis zu schweigen. Ministerpräsident Huszar, der seitler zum Präsidenten der Republik Ungarn gewählt wurde, siegte in der Provinz wo er als Kandidat aufgestellt worden war. Bischof Prohaszka ist ebenfalls erwählt worden und mit ihm eine ganze Anzahl anderer Männer der christlich-nationalen Richtung, darunter auch der reformierte Schulz.

London. Seit dem Wiederzusammentritt des Parlaments sind die Friedensverträge von Versailles und St. Germain von zahlreichen Mitgliedern beider Häuser heftig angegriffen worden. Die hervorragendsten Tadel waren Lord Bryce (ehemaliger Botschafter in den Ver. Staaten), Lord Haldane (ehem. Kriegsminister), Lord Buxton (ehem. Generalanwalt), Lord Crewe (ehem. Kolonialsekretär), Lord Parmoor (Mitglied des Geheimen Rates), Sir Donald Maclean, Sir William Mitchell Thomson und Sir Sidney Hoare. Lord Bryce sagte: „Die Konferenz führte die Friedensverhandlungen in einem Geiste der Hast nach. Die Mitglieder dachten nur daran, unseren früheren Gegner zu schwächen, zu schädigen und zu demütigen. Sie erkannten nicht, daß sie zu weit gehen möchten.“ Lord Parmoor meinte: „Ein Versuch, die Vertragsbestimmungen in deren Brutalität durchzuführen, würde in Europa nicht die normalen Industriezustände wiederherstellen, sondern gänzliche Verarmung zur Folge haben.“ Sir Donald Maclean sagte: „Der Vertrag von Versailles ist zusammengebrochen, weil er unrein und ungerecht war.“ Lord Curzon, der frühere Sekretär des Außenbüros, und Sir Robert Cecil, der britische Hauptmacher beim Völkerbund Entwurf, gaben beide zu, daß manche der Vertragsbestimmungen revidiert werden müßten.

Kriegsminister Churchill teilte im Hause der Gemeinen mit, daß der Militärdienstzwang am 31. März zu Ende kommen werde. Von dieser Zeit an werde die Friedensstärke der britischen Armee mit Einzug der in Indien nötigen Truppen 220,000 Mann sein. Churchill verteidigte die hohen Verwilligungen für militärische Zwecke, die im Budget angeführt sind, damit, daß der ganze Osten sich in einem Zustande der größten Unruhe befinde.

Vertreter von England, Frankreich und Belgien haben am 21. Feb. mit der Untersuchung der Anklagen gegen die 900 deutschen Kriegsbeschuldigten begonnen. An der Spitze dieser Untersuchungskommission steht Lord Birkenhead. Eine Liste von Zeugen wird aufgestellt werden, die dann dem deutschen Staatsanwalt überwiesen werden wird.

Die Nationalisten in Indien haben den Plan gefaßt, den Schauplatz des Blutbades in Amritsar in

ein Nationalheiligtum umzuwandeln, zu dem das Volk der Provinz Punjab alljährlich pilgern soll. Mit der Aufbringung eines Fonds hierfür ist bereits begonnen worden. Das Blutbad wurde in Amritsar vor fast einem Jahre angeordnet, aber vom britischen Zensor neun Monate lang geheim gehalten. Eine indische Volksmenge von mehr als 5000 hatte sich zu einer religiösen Zeremonie versammelt. Der britische General Dyer ließ eine Abteilung Soldaten in die Menge feuern, bis alle Munition verschossen war. 500 Eingeborene wurden getötet und 1500 verwundet. Als diese Tat in England bekannt wurde, gab sich die größte Empörung kund. Die Untersuchung des Vorfalls ist noch nicht beendet.

Paris. Die Alliierten haben beschlossen, den Brief des früheren deutschen Kronprinzen, in welchem er sich erbietet, sich für seine Kameraden zum Prozeß zu stellen, nicht zu beantworten. In einer Depesche aus Kairo heißt es, daß es bei Houtan, Palästina, zwischen französischen Truppen und Turken sowie Arabern zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen ist, bei welchem 400 Araber entwedert gefallen sind oder in Gefangenschaft gerieten. In der Depesche heißt es ferner, daß die Franzosen Baalbed, nördlich Damaskus, sowie das Glibta-Tal, zwischen dem Libanon und Antilibanon, geräumt haben.

Der Pariser Stadtrat hat beschlossen, eine Gemeindegeldsteuer von \$20,000,000 in Canada aufzunehmen. Die Gelder sollen zum Ankauf von Nahrungsmitteln und anderen Bedürfnissen auf dem canadischen Markt verwendet werden. Cadix, Spanien. In der Provinz Andalusien hat ein ziemlich starkes Erdbeben stattgefunden. In Benamargosa, Grazalema und anderen Orten ist beträchtlicher Schaden angerichtet worden, doch sind keine Verluste an Menschenleben zu beklagen.

Rom. Papst Benedikt hat den Entwurf eines Denkmals gutgeheißen, das ihm am Vespore zur Bereuigung der von ihm während des Krieges bewiesenen Wohlthätigkeit errichtet werden soll. Die Gelder für das Werk sind von einem Ausschuß in Konstantinopel aufgebracht worden. Das Denkmal wird von dem Bildhauer Quattrini ausgeführt werden, der auch damit betraut wurde, dem Kardinal Rampolla ein Monument zu errichten.

Warschau, Polen. Bei Formulierung der Friedensbedingungen, die der russischen Sowjetregierung überreicht werden sollen, ist Polen bestrebt, eine ähnliche Forderung einzuschlagen, wie sie von den Alliierten gegen Deutschland angenommen wurde, indem Polen behauptet, daß sein Krieg ein Verteidigungskrieg war. Polen wird auf den schwersten Garantien, sowohl territorialen als auch anderer Art, bestehen, um sich künftig gegen jeden möglichen Angriff seitens der Bolschewisten zu sichern.

Jerusalem. Während eines Schneefalles (etwas ganz Außerordentliches in Palästina) wurde der berühmte Baum El Butini im Garten von Bethsemane umgeweht. Die Tradition sagt, wenn dieser Baum umfallen würde, wäre es mit dem türkischen Reich vorbei.

Orangistische Engherzigkeit

Daß die engherzigen Orangemen letzte Woche auf der School Trustees Convention in Moose Jaw wieder so recht ihren Haß gegen die kath. Kirche aufoberten ließen, konnte ein jeder, der die Zeitungsberichte auch nur oberflächlich las, deutlich feststellen. An den Redeschöffen ihrer „Breachers“ hängend befreierten sie wieder die kath. Kirche. Wie den Pharisäern im alten Bunde Christus ein ständiger Dorn im Auge war, so ist diesen Pharisäern der Keuzer, die in Saskatchewan ihr Unwesen treiben, die katholische Kirche, Christi Erziehung, der fortwährende Stachel des Anstoßes. Wie glücklich waren doch die ersten Glaubensboten im Westen inmitten all ihrer Entbehrungen und Opfern vor der Ankunft dieser scheinheiligen Pharisäer! Raum war jedoch diese intolerante, wüthende Gesellschaft von Pharisäern vom Osten und anderswoher in das friedliebende Land gekommen, da ging der Tanz, die Hebe los. Der Friede und die christliche Nächstenliebe mußte weichen und die Brandfackel des Haßes wurde entzündet. Ihr ganzes Streben geht dahin, uns Katholiken unsere Rechte Stückweise zu entreißen.

Der Kampf setzte bereits ein vor 15 Jahren als Sir Wilfrid Laurier's Autonomie Vorlage, in welcher die Separatisten für die Minderheit in Saskatchewan und Alberta gewählt wurde, im Dominion-Parlamente angenommen und zum Gesetze erhoben wurde. Seitdem haben die orangistischen Pharisäer Saskatchewan die Rechte der Katholiken, und waren diese auch noch so geringfügig, fortwährend mit dem Vergrößerungs-Ideal betrachtet und an demselben herumgerüttelt und herumgeschüttelt. Fanden die Katholiken in den ausführenden Organen der Provinz es für notwendig, um ihre Kinder vor der Korruption sicher zu stellen, eine Separatenschule zu gründen, so legte man ihnen auf Ansuchen der Orangisten alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg. Nur mit großem Widerwillen erlaubte die Regierung, die in Frieden gewagt vor den Orangisten bebte und zitterte, die Gründung einer Separatenschule. An den Schulgesetzen mußte jahraus nach den Vorschriften der Orangisten herumgefickelt werden. Es ist ja bekannt Tatsache, daß fast die Hälfte der Legislativmitglieder vor der letzten Wahl ihr „Ehrenwort“ an die Orangisten verpfändet hatte. Die Orangisten mochte es fertig gebracht, daß vor etwa Jahresfrist die französische Sprache aus den Staatsschulen größtenteils verbannt und jede andere Sprache ganz verboten wurde. Ganz konsequent urteilten nämlich die Feinde der katholischen Kirche: Wenn wir den Katholiken ihre Sprache rauben, dann geht auch ein beträchtliches Stück ihrer Religion damit verloren. Und Tatsache ist, daß mit dem Fall der Muttersprache, sehr oft auch der angestammte kath. Glaube in die Brüche geht.

Seit Jahr und Tag, seit Ausbruch des Krieges, glauben die Orangistenbrüder, sie seien die berufenen Vormünder und Erzieher der in Canada siedelnd ihren Arbeiten nachgehenden Einwanderer aus den mitteleuropäischen Ländern. Keine Versammlung, keine Konvention kann in ihr stattfinden, ohne daß dabei nicht ein Haufen Unfug über die Assimilation, die Canadifizierung der „Foreigners“ gedeutet wird, Warum läßt man denn diese Leute, diese sogenannten Foreigners, nicht in Ruhe? Warum verbietet man ihnen denn auf Schritt und Tritt ihr Leben? Wenn man sie assimilieren will, warum tut man es denn nicht in Liebe und Güte? Mit einem Tropfen Honig fängt man mehr Fliegen als mit einem Faß voll Essig. Aber man kann halt nicht die christliche Liebe walten lassen, wenn man selber keine hat. Und die Liebe fehlt eben den Brüdern der dem Allgemeinwohl so gefährlichen Loge der Orangemen. Auf ihrer Fahne steht: Ewige Feindschaft der kath. Kirche, äußerste Intoleranz, Engherzigkeit ohne Gleichen. Dazu kommt ein überreiches Maß von Dumheit und abgefeimter Borntheit.

Daß der Orangistenhaß gelegentlich der School Trustees Convention in Moose Jaw letzte Woche wieder recht auffallende Blüten treiben würde, war zu erwarten; denn sonst wären sie ja aus der Art geschlagen. Und er hat Blüten getragen, recht auffallende Blüten! Ein gewisser E. B. Randeau von Woodrow, Sask., reichte eine Resolution ein, die verlangt, daß das Zuschaustragen religiöser Abzeichen (religious symbols) in den Public Schools während des Unterrichts für ungesetzlich erklärt werden soll. Gleichzeitig kam derlei mit einer zweiten Resolution, welche verlangt, daß kein Public School Unterricht während der geistlichen Stunden in einer religiösen Anstalt erteilt werde, wie solches der Fall sei in einem kath. Kloster zu Gravelbourg. Hierauf reichte ein gewisser W. J. Orchard von Tregarva, angeblich ein Führer in der New National Policy Movement (Grain Growers' Partei), eine Resolution bei der Konvention ein, die nichts weniger bezweckt als die Abschaffung der Separatenschulen. Der Wortlaut der Resolution ist folgender:

WHEREAS the existence of separate schools in Saskatchewan whether Protestant or Roman Catholic is distinctly prejudicial to that harmony and co-operation so necessary between Canadian citizens, or various nationalities and religious beliefs and leads to various complications in the raising and allotment of taxes and paying of debentures as evidenced by resolutions 2, 3 and 4, therefore

RESOLVED that this convention of Saskatchewan School Trustees' Association requests the provincial government to take action towards the abolition of all separate schools in this province, thus acting on the principle of equal rights to all and special privileges to none. (Fortsetzung auf Seite 5.)